

Streit um Schulden

Keine friedlichen Ostertage in Baden-Badener Kommunalpolitik - FBB empört über Veröffentlichung

"vertraulicher Korrespondenz mit Anwälten" - Erneuter Vorwurf an das Rathaus: "Sagenhaften Schulden von 71 Millionen Euro"



Bericht: Christian Frietsch

Baden-Baden, 21.04.14, 00:00 Uhr Nicht weit her ist es mit einem friedlichen Osterfest für die Baden-Badener Kommunalpolitik. In einer schriftlichen Erklärung reagierte Tilman Schachtschneider, Vorsitzender der Freien Bürger für Baden-Baden, FBB, gestern am Ostersonntagabend empört auf Äußerungen, mit denen Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner am Samstag vor dem Osterfest im Badischen Tagblatt zitiert wurde. «Was ist denn das für ein Rechtsstaatsverständnis, wenn Auszüge meiner Korrespondenz mit Anwälten seitens der Stadtverwaltung öffentlich gemacht werden», fragen sich in der Erklärung die Freien Bürger für Baden-Baden.

Veröffentlicht waren nach Angaben des Vorsitzenden der Baden-Badener Wahlinitiative «Zitate seiner vertraulichen Korrespondenz mit den Anwälten». Dies führe aus Sicht der FBB zu grundsätzlichen Fragen: «Wer hat das veröffentlicht? Waren es die Juristen der Stadtverwaltung, ist dies ein Fall für die Berufsaufsicht der Rechtsanwaltskammer. Waren es der OB oder seine Stellvertreter, ist das ein Verstoß gegen die Verschwiegenheitspflicht im Amt», heißt es in der Erklärung der Freien Bürger vom Ostersonntagabend.

Hintergrund für die anwaltlichen Korrespondenzen war eine Unterlassungserklärung des Rathauses gegen den Vorsitzenden der Freien Bürger in Zusammenhang mit dessen Darlegungen über die angebliche Schuldenlast der Stadt und auch die koalitionsähnliche Konstellation der Rathausspitze, die seit Jahrzehnten von CDU und SPD gestellt werde. Eine von der Stadt geforderte Unterlassungserklärung wurde von Tilmann Schachtschneider nicht unterschrieben. Der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung verzichteten offenbar darauf, die Unterlassungserklärung einzufordern.

Die Hoffnung, dass sich die FBB nun zu den neuralgischen Themen nicht mehr äußert, erfüllt sich wohl nicht. Schon in der Erklärung von gestern nehmen die Freien Bürger die Schuldensituation weiter aufs Korn: «Unverständlich ist, dass die Stadtverwaltung und OB Gerstner immer noch so tun, als ob der Eigenbetrieb Umwelttechnik und seine sagenhaften Schulden von 71 Millionen Euro nicht zu Baden-Baden gehören. Es handelt sich hier jedoch um eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt, für die die Stadt und damit alle Bürger mit ihrem Steuergeld haften.»